

Mehr Demokratie wagen

THEORIE

„BETEILIGUNG GEHT NICHT OHNE POLITISCHE KULTUR“

Interview mit Jörg Sommer

MACHT ZURÜCKHOLEN UND DEMOKRATIE BELEBEN!

Von Ralf-Uwe Beck

PRAXIS

BESSER LEBEN DURCH MITMACHEN

Von Joachim Wille

LETZTE INSTANZ ZIVILER UNGEHORSAM

Von Susanne Schwarz

Foto: Julien Lagarde | Flickr – www.flickr.com/photos/julienlagarde/5743892023

DER WANDEL KOMMT VON UNTEN

Von Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND

Die Umweltverbände bemühen sich seit Jahren darum, die Chancen einer sozial-ökologischen Transformation aufzuzeigen. Vor der Bundestagswahl 2017 wollen wir erneut deutlich machen: In unserem Land wie auch in der Europäischen Union muss es zu weitreichenden Strukturreformen in Wirtschaft und Gesellschaft kommen. Das ist nur mit mehr Demokratie möglich. Beides gehört zusammen.

Unser politisches System muss einen grundlegenden Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft organisieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Verkehrspolitik, der Agrar- und der Energiesektor sowie eine sozial-ökologische Infrastruktur. Wir werden darauf achten, wie konsequent die Lösungsansätze der verschiedenen Parteien für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft wirklich sind. Uns ist aber auch klar: Die Parteien allein schaffen die Gestaltung der Transformation nicht.

Die Signale für eine Erosion der politischen und parlamentarischen Strukturen sind unübersehbar: sinkende Wahlbeteiligung, wachsendes Desinteresse und Distanz zu den Parteien einerseits und zunehmende Bürgerproteste, scharfe Konflikte und Formen eines politischen Autismus andererseits. Das Prinzip „Erst entscheiden, dann mit den Bürgerinnen und Bürgern sprechen“ funktioniert nicht. Nur mit einem Ausbau von Mitbestimmung, Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann die durchgreifende Gestaltung der Transformation gelingen und die Demokratie gestärkt werden. Das ist nicht einfach zu schaffen.

Anders aber geht es nicht, denn die ökologischen Schwerpunkte, die wir von der Politik fordern, sind eine große Herausforderung: das Ende des Flächenverbrauchs, die Sicherung und

Verknüpfung der Biotope und der Ausbau der „grünen Infrastruktur“. Zudem muss eine Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad erreicht werden – durch eine deutlich ehrgeizigere Emissionsreduktion als das bisher von der Bundesregierung angestrebte 80-Prozent-Minderungsziel. Unerlässlich sind die rasche Abkehr von Kohle, Öl und Gas in allen Sektoren, der Aufbau einer ökologischen Kreislaufwirtschaft und der grundlegende Umbau der Landwirtschaft, vor allem das Ende der industriellen Agrarfabriken. Tierhaltungsvorschriften müssen verschärft, ihre Einhaltung besser kontrolliert und die Nutztierhaltung an die Fläche gebunden werden.

Das wird nur möglich sein, wenn die Menschen an den Entscheidungen beteiligt werden. Beispiel erneuerbare Energie: Die Bedingungen für die Bürgerenergie müssen deutlich verbessert werden, da die dezentrale Energiegewinnung sonst in den

neuen Ausschreibungsverfahren keine Chance hat. Bürgerenergie bedeutet Demokratisierung der Energieerzeugung und Umverteilung von Wohlstand und Wertschöpfung vor Ort. Das ist eine Voraussetzung, um die Akzeptanz der Energiewende dauerhaft zu sichern. Eine dezentrale Energiegewinnung in Bürgerhand ist ein wichtiger Ausgangspunkt für den sozial-ökologischen Umbau des Energiesektors.

Doch die Politik scheint noch immer in überholten Denk- und Handlungsweisen gefangen zu sein, obwohl wir seit mindestens zehn Jahren in einem permanenten Krisenmodus stecken. Die Parteien sind in weiten Bereichen inhaltlich ausgebrannt. Für die größte Herausforderung unserer Zeit, die ökologischen Grenzen des Wachstums, gibt es im Bundestagswahlkampf keinen Platz. Offenkundig wird die Frage, was in einigen Jahrzehnten geschehen wird, verdrängt. Aber ein zukunftsfähiges Deutschland wird nur möglich, wenn wir die instrumentelle, rein technisch-ökonomische Rationalität beenden, die den Menschen von der Natur isoliert und in eine Sackgasse geführt hat.

Die Umwelt- und Naturschutzverbände fordern ein Ende der neoliberalen Deregulierungs- und Wachstumspolitik. Politische und gesellschaftliche Entscheidungen müssen die Tragfähigkeit unseres Planeten beachten, deren Grenzen durch einen ökologisch verträglichen und sozial gerechten Ressourcenverbrauch beachtet werden müssen. Notwendig ist auch eine Suffizienzpolitik zur Mäßigung und Selbstbegrenzung in allen Lebensbereichen.

Die ökologische Selbstvernichtung ist kein Schicksal. Sie zu verhindern ist eine Frage von Aufklärung, Vernunft und Verantwortung. Und damit eine Frage der Demokratie. Deshalb: Mehr Demokratie wagen – auch durch Ermöglichung direkter demokratischer Mitwirkungsinstrumente wie Volksbegehren!

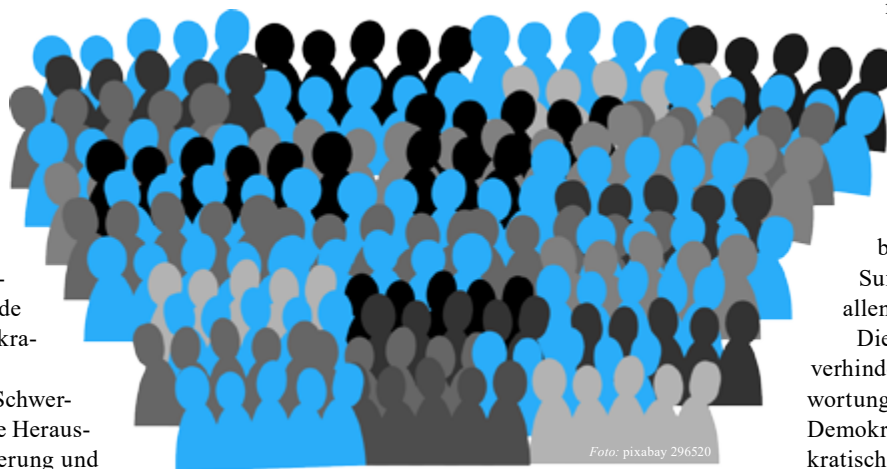


Foto: pixabay 296520

MACHT ZURÜCKHOLEN UND DEMOKRATIE BELEBEN!

Direkte Demokratie: Die Bürgerinnen und Bürger müssen Korrektiv und Ideengeber sein, sonst gerät die parlamentarische Demokratie in Gefahr.

Text: RALF-UWE BECK

Der Dieselskandal offenbart nicht nur die betrügerischen Machenschaften von Konzernen, er deckt auch auf, wie sehr diese mit der Politik verflochten sind. Es stinkt zum Himmel. Dabei haben Volksvertreter das Volk zu vertreten. Das versprechen sie uns auch vor einer Wahl. Im politischen Alltag geht es aber nicht nur um Bürgerinteressen, sondern auch um die der Partei und darum, die eigene Laufzeit zu verlängern. So setzt das Stakkato von „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ den Legislaturperioden Scheuklappen auf, zwischen denen sich die sozialen und ökologischen Probleme türmen. Das klingt wie ein Abgesang auf die parlamentarische Demokratie. Ist es aber nicht.

Wer die parlamentarische Demokratie schätzt und nicht will, dass sich noch mehr Menschen abwenden, wird mit ihren Unzulänglichkeiten umgehen müssen. Hier kommt die direkte Demokratie ins Spiel. Sie macht der parlamentarischen Demokratie nichts streitig, sie hilft ihr aber zu halten, was uns versprochen ist. Gibt es für die Bürger die Möglichkeit, die Macht, die sie in Wahlen an die Volksvertreter delegieren, punktuell, für einzelne Sachfragen, wieder zurückzuholen, dann wirkt das wie ein Gummiband, mit dem sich die Gewählten an die Interessen der Wählerschaft rückbinden lassen.

ENTSCHEIDEN, WIE WIR LEBEN WOLLEN

Wenn alle Staatsgewalt vom Volk ausgehen soll, dann müssen die Bürgerinnen und Bürger Themen auf die politische Tagesordnung setzen und bis zu einer Volksabstimmung durchtragen können. Die Bürger müssen Politik korrigieren können. Dieses Demokratieprinzip ist in Deutschland eine junge Pflanze. Erst der Impuls aus dem Herbst 1989 hat dafür gesorgt, dass wir heute in allen Bundesländern die direkte Demokratie auf kommunaler und als Gesetzgebung auf Landesebene kennen. Damit ist sie freilich noch nicht überall nutzbar, meist sind die Hürden viel zu hoch.

Allerdings gibt es einen Trend zur Besserung und allmählich zeichnet sich eine Praxis ab. Rund 6.000 Bürgerbegehren sind in Kommunen bisher initiiert worden, allein 40 Prozent davon in Bayern. Auf Landesebene verzeichnen wir 300 „von unten“ gestartete Volksbegehren und 23 Volksabstimmungen, allerdings nur in sieben Bundesländern.

Bemerkenswert ist, mit welchem Weitblick die Bürger und

Bürger direktdemokratische Instrumente nutzen. In Südtirol gibt es die erste pestizidfreie Gemeinde, in Brandenburg war ein Volksbegehren gegen Massentierhaltung erfolgreich, in der Schweiz haben die Bürger eine ökologischere Verkehrspolitik



Foto: uchiuska | Flickr - www.flickr.com/photos/uchiuska/5773736570/

durchgesetzt, in Österreich und Italien gegen Atomkraft entschieden, in deutschen Gemeinden gegen Müllverbrennung und auf Landesebene für eine ökologische Abfallwirtschaft. Und TTIP und Ceta haben nicht nur die europäische Zivilgesellschaft auf den Plan gerufen, sondern auch die Forderung nach der Volksabstimmung.

Es geht nicht immer so aus, wie sich das Umweltverbände wünschen, aber: Volksbegehren sind bildungspolitische Großveranstaltungen, sie vertiefen und verbreitern Argumentationen.

Wir alle lernen dabei und wir lernen auch, in Verantwortung hineinzuwachsen.

Auf Bundesebene jedoch fehlt die direkte Demokratie, obwohl 70 Prozent der Bevölkerung seit Jahrzehnten danach verlangen. Bei Linken und Grünen finden wir den bundesweiten Volksentscheid in den Wahlprogrammen. Das war bei SPD und FDP vor vier Jahren auch noch so. Offenbar hat der Brexit einige verunsichert. Dabei war das eine „von oben“ angesetzte Befragung, von Premier David Cameron für den eigenen Machterhalt eingestielt.

70 PROZENT FÜR BUNDESWEITE VOLKSSENTSCHEIDE

Niemand will ernsthaft – und auf Bundesebene schon gar nicht –, dass eine Regierung Abstimmungen ansetzen kann, die dann nur akklamierende Funktion hätten. Keine Gefahr also. Wohl deshalb versichert die SPD, bei der Stange zu bleiben, und FDP-Politiker geben sich beweglich. Die CDU mauert. Aber das, was da an Parteidoktrin aufgeschichtet ist, bröckelt. Den Presslufthammer hat die CSU angesetzt. Sie hat mit einem Mitgliederentscheid, dem ersten in der Parteigeschichte, klären wollen, ob der bundesweite Volksentscheid in ihr Grundsatzprogramm gehört. 69 Prozent der Mitglieder haben das bejaht.

Damit dürfte, will man den Prognosen glauben, die Forderung auf dem Tisch der Koalitionsverhandlungen liegen. Und genau hier gehört sie auch hin. Das ist der Flaschenhals: Es braucht eine Grundgesetzänderung und dafür eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat und eben eine Regierung, die sich diese Demokratiebaustelle endlich vornimmt.

Mehr Demokratie e.V. wird gemeinsam mit 20 Bündnispartnern, unter denen auch der Umwelt-Dachverband DNR und einige seiner Mitgliedsverbände sind, am Tag der Bundestagswahl eine groß angelegte Unterschriftensammlung starten – damit der bundesweite Volksentscheid endlich in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird. Wird die Forderung ignoriert, geraten die Bürger und ihre Interessen aus dem Blick, ehe uns die Regierung auch nur einen Tag regiert hat.

www.volksentscheid.de

Ralf-Uwe Beck ist Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie e.V.



Felix Ekardt:
Wir können uns ändern. Gesellschaftlicher Wandel jenseits von Kapitalismuskritik und Revolution
Oekom Verlag, München 2017
160 Seiten, 14,95 Euro
Was treibt Wandel an? Diese Frage beschäftigt Felix Ekardt seit Langem. Er betrachtet individuellen Wandel ebenso wie gesellschaftlichen Wandel im Licht seiner Grundfrage: Wie gelingt „eine große Transformation zu einer Gesellschaft in den Grenzen ökologischer Tragfähigkeit“? Einerseits warnt er vor falschen Alternativen und zu starken Vereinfachungen. Andererseits nimmt er sich eine große Bandbreite von Ansätzen zur Erklärung von Wandel vor. Diese beleuchten aus seiner Sicht jeweils nur bestimmte Aspekte. Deshalb sollten nicht einzelne Ansätze etwa aus der Evolutionsbiologie oder

Hirnforschung herausgestellt, sondern ihre Vielzahl zusammenfassend verwendet werden. Ekardt sucht bewusst die Kontroverse in der Transformationsdebatte, indem er etwa vor einer überschätzten Kapitalismuskritik warnt. Das Buch spricht unterschiedlichste Stichworte – von Pfadabhängigkeiten bis zu Normalitätstheorien – an und wird so auch zur Fundgrube für Linien der Transformationsdebatte.



Jörg Sommer (Hrsg.):
Kursbuch Bürgerbeteiligung #2
Berlin Institut für Partizipation (bipar), Berlin 2017
400 Seiten, 22 Euro
Bürgerbeteiligung liegt im Trend. Ob in Großverfahren oder bei kommunalen Detailfragen: Mit mehr Bürgerbeteiligung versuchen Entscheider in Politik und Wirtschaft, mehr Akzeptanz und Legitimation zu erzielen. In der Tat ist gut gemachte Bürgerbeteiligung in der Lage, unsere Demokratie zu „revitalisieren“. Auf über 400 Seiten stellt das zweite „Kursbuch Bürgerbeteiligung“ den gesamten Facettenreichtum von Partizipation dar. Profilierte Experten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft beleuchten dabei den Mehrwert und die Möglichkeiten von Beteiligung auf allen gesellschaftlichen Ebenen: von kommunalen Teilhabemöglichkeiten über die Bearbeitung nationaler Großprojekte wie der Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle bis zu den Gestaltungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz.



Ute Scheub, Stefan Schwarzer:
Die Humusrevolution
Wie wir den Boden heilen, das Klima retten und die Ernährungswege schaffen
Oekom Verlag, München 2017
240 Seiten, 19,95 Euro
Eine regenerative Agrikultur fördert die Bodenbildung. Zukunftsweisend stellt das Buch damit die Rekarbonisierung in den Mittelpunkt – die Rückholung des Kohlendioxids aus der Atmosphäre durch Humusbildung. Damit werden Lebensprozesse gefördert und nicht länger in großflächigem Maßstab zerstört. Scheub und Schwarzer zeigen den Weg zur anderen Hälfte einer erfolgreichen Klimapolitik, neben der Energiewende: den Weg zu einer weltweiten Agrarwende. An einer Vielzahl von Initiativen zeigen sie, wie das praktisch gehen kann. Eingearbeitet sind dazu auch Tipps, die beim Gärtnern befolgt werden können. Zusammenhänge zwischen Bodenbildung, Wasserhaushalt und Biodiversität werden ebenso nachvollzogen wie die Geschichte der auf Monokulturen setzenden Agrarwirtschaft.



Der Deutsche Naturschutzring ist der Dachverband der deutschen Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände. In seinen 87 Mitgliedsorganisationen engagieren sich knapp 10 Millionen Menschen, die das Ziel haben, Natur- und Lebensräume zu schützen, die Schönheit der Landschaft zu genießen und ein Leben innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen zu ermöglichen.

www.dnr.de

Die Herausgeber (BUND, Deutsche Umweltstiftung, EuroNatur, FÖS, NaturFreunde, DGB und Die Transformateure) und andere Akteure der Transformation stellen sich an dieser Stelle im Wechsel vor.

DREI FRAGEN ZUR DEMOKRATIE

In Deutschland machen die Bürger alle vier Jahre ihr Kreuz: Reicht das aus oder brauchen wir mehr Beteiligung und Formen direkter Demokratie? Sehen Sie in der Ausweitung partizipativer Demokratie eine Chance, die Demokratie insgesamt in unserem Land zu stärken?

Unterstützen Sie den Vorschlag, dass der Bundestag eine Enquete-Kommission zu Beteiligungsfragen und direkter Demokratie einrichtet?

Zuletzt hat die Endlagerkommission weitreichende Vorschläge für mehr Beteiligung gemacht. Brauchen wir ein Beteiligungsgesetz, das die Rechte und Prinzipien fest schreibt?



Josef Göppel
Bundestagsabgeordneter und
Umweltpolitiker der CSU

Ich befürworte stärkere direkte Beteiligungsrechte. Sie gehören zu einer aufgeklärten und verantwortungsbewussten Gesellschaft dazu. Direkte Beteiligungsrechte sind kein Widerspruch zur repräsentativen Demokratie, sondern ergänzen sie. Mehr noch: Sie stärken sie und geben ihre neue Legitimation. Ich glaube an die Kraft der Demokratie.

Natürlich müssen die Fragen der Einordnung, Grenzen und Organisationsformen von Beteiligung und direkter Demokratie intensiv beraten werden. Denn sie brauchen eine breite Zustimmung. Dafür ist die Einsetzung einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages auf jeden Fall sinnvoll. Ich verspreche mir viel davon, wenn der ganze Prozess zwischen Politik und Gesellschaft transparent behandelt und von allen Seiten beleuchtet wird. Eine solche Kommission könnte heißen: mehr Partizipation – zur Stärkung der Demokratie und des Zusammenhalts der Gesellschaft.

Die Endlagerkommission zur Lagerung von Atom-müll hat sich ausführlich mit Beteiligungsfragen beschäftigt. Ihre Empfehlungen betreffen nicht nur die schwierigen technischen Fragen der radioaktiven Abfallstoffe, sondern auch den Umgang mit gesellschaftlicher Mitwirkung und das Erreichen von Akzeptanz. Die Frage, ob dazu ein Beteiligungsgesetz sinnvoll ist, halte ich für einen Teil der Aufgabenstellung einer Enquete-Kommission.



Ute Vogt
stellvertretende Vorsitzende
der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD hat sich dazu bereits in ihrem Hamburger Grundsatzprogramm positioniert: Zur Unterstützung der parlamentarischen Demokratie wollen wir direkte Beteiligung und Abstimmungsmöglichkeiten auch auf der Bundesebene. Das Petitionsrecht beim Deutschen Bundestag werden wir weiterentwickeln: durch barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderungen, durch bessere Einbindung von Kindern und Jugendlichen, durch mehr öffentliche Ausschusssitzungen. Wir wollen auch eine Absenkung des Quorums für öffentliche Petitionen. Wer aktiv mitwirken kann, entwickelt größeres Interesse an politischen Prozessen und Themen.

Mehr Bürgerbeteiligung verändert die politische Kultur. Die Politik muss Macht abgeben und die Bürgerinnen und Bürger müssen Verantwortung annehmen. Es ist überfällig, dass wir in Deutschland wieder wegkommen von der Merkelschen Methode „Wählt mich, und alles andere regelt sich für euch“. In einer lebendigen Demokratie brauchen wir die Auseinandersetzung und die Mitwirkung aller, die in der Gesellschaft leben. Ob wir dafür jedoch eine Enquete-Kommission brauchen, ist äußerst fraglich. Darüber muss der nächste Bundestag entscheiden. Auch das gehört zur Demokratie.

Das Standortauswahlgesetz wurde nach den Vorgaben der Endlagerkommission sehr umfassend reformiert. Hier sind alle Prozesse der Endlagersuche, inklusive der Bürgerbeteiligung, abgebildet. Ein neues Gesetz brauchen wir daher nicht. Eine „ideale“ Bürgerbeteiligung bedeutet, dass nach der Entscheidung für ein Atommüll-Endlager eine Bürgerin oder ein Bürger sagt: „Ich wollte den Standort zwar nicht hier, aber das Verfahren war transparent und fair – und deshalb akzeptiere ich die Entscheidung.“ Wenn wir diesen Satz hören, hat die Politik alles richtig gemacht.



Anton Hofreiter
Fraktionsvorsitzender der
Grünen im Bundestag

Viele Bürgerinnen und Bürger möchten in politische Entscheidungen eingebunden werden und nicht nur alle paar Jahre bei einer Wahl ihre Stimme abgeben. Die bisherigen Formen der Bürgerbeteiligung reichen aber nicht aus. Wir Grünen wollen daher Volksentscheide auch auf der Bundesebene einführen und auf Landesebene die Zugangshürden für solche Entscheide senken. Demokratie braucht das Vertrauen der Bürger – davon lebt sie. Mitbestimmung fördert Vertrauen und Akzeptanz von Entscheidungen. Als Korrektiv für parlamentarische und Verwaltungsentscheidungen kann die direkte Demokratie das demokratische System beleben und stärken.

Nicht erst seit Stuttgart 21 wollen sich die Menschen stärker an politischen und behördlichen Entscheidungen beteiligen. Frau Merkel und ihre Bundesminister haben jedoch bis heute keine messbaren Verbesserungen im Planungsrecht durchgesetzt. Im Gegenteil – unter der irreführenden Bezeichnung „Planungsbeschleunigung“ werden immer wieder Einschränkungen von Beteiligungsmöglichkeiten angestoßen. In Beteiligungsfragen verstößt Deutschland sogar gegen internationales Recht. Ob eine Enquete-Kommission das geeignete Instrument ist, um hier wirksam entgegenzusteuern, wäre zu prüfen. Denn eigentlich gibt es kein Erkenntnis-, sondern ein Durchsetzungsproblem.

Im gesamten Planungsrecht müssen wir die Partizipation für Bürger wie auch für Nichtregierungsorganisationen verbessern – vom Raumordnungsrecht über das Verwaltungsverfahrenrecht, Baurecht und Immissionsschutzrecht bis zum völlig veralteten Bergrecht. Nicht zu vergessen die verschiedenen Informationsfreiheitsgesetze der Länder und des Bundes. Das ist ein fast unüberschaubarer Paragrafendschubel. Mit einem Planungsrecht aus einem Guss ließe sich Licht reinbringen, so dass sich mehr Bürger in den Dschungel wagen.



Katja Kipping
Vorsitzende der Partei Die Linke
und Bundestagsabgeordnete

Direkte Demokratie tut der Demokratie gut. Die Linke engagiert sich deshalb seit Langem für die Möglichkeit eines bundesweiten Volksentscheides. Allerdings dürfen Minderheitenrechte dadurch nicht ausgehebelt werden.

Wir hätten nichts gegen eine solche Enquete-Kommission. Jedoch kann es auch schneller gehen, denn Die Linke hat bereits konkrete Vorschläge dazu in den Bundestag eingebracht. CDU und SPD müssten einfach ihre Blockadehaltung aufgeben.

Bei der Endlagersuche geht es um ein anderes Problem. Durch das Setzen auf Atomenergie hat man sich auf eine Technologie eingelassen, ohne überhaupt zu wissen, wo der Abfall am Ende gelagert wird. Das zeigt nur: Atomkraftwerke sind russisches Roulette mit dem Leben und der Gesundheit der Menschen.

„BETEILIGUNG GEHT NICHT OHNE POLITISCHE KULTUR“

Jörg Sommer, Vorsitzender der Deutschen Umweltstiftung und Gründungsdirektor des Berlin Instituts für Partizipation, über ein neues Demokratiedenken und darüber, was gescheiterte und gelungene Beteiligung ausmacht.

Interview: MICHAEL MÜLLER UND SUSANNE GÖTZE

Herr Sommer, der Soziologe Ralf Dahrendorf stellte die Frage, ob die Demokratie in ihrer bisherigen Form am Ende ist, weil sie keine Antwort auf die Globalisierung gibt. Wie könnte die neue Demokratie aussehen?

Jörg Sommer: Entscheidungen der Gewählten werden nicht mehr einfach so akzeptiert. Gerade bei Transformationsprozessen – nehmen wir nur den Kohleausstieg oder das Ende der Verbrennungsmotoren – wird es Beteiligung brauchen. Zum Beispiel mithilfe eines Beteiligungsgesetzes. Entscheidungen der repräsentativen Demokratie können nur Akzeptanz finden, wenn vorher ein kollektiver Meinungsbildungsprozess stattgefunden hat – natürlich unter Einbeziehung des Souveräns. Aber das heißt auch, dass wir auf Bundesebene über die Schaffung eines Beteiligungsbeauftragten sprechen müssen. Außerdem brauchen wir neue Elemente direkter Demokratie. Wir lernen aus internationalen Erfahrungen, dass die direkte Demokratie nicht nur für sich genommen gut ist, sondern auch ein Katalysator für ernsthafte Beteiligung. Besonders bei kritischen Themen – wir sehen es gerade am Endlagersuchprozess – wird es nicht ohne gesellschaftlichen Aushandlungsprozess gehen.

Allerdings sehen viele die Demokratie in Gefahr. Die neoliberale Wende habe zu einer Beschneidung der Freiheitsrechte geführt, kritisiert der französische Ökonom Bruno Amable in seinem Band „Die Illusion des bürgerlichen Blocks“.

Beteiligung als Angebot gibt es ja schon. Aber große Teile der Bevölkerung werden nicht zur Beteiligung befähigt. Ein Mensch, der von morgens bis abends damit beschäftigt ist, sein Arbeits- und Familienleben zu organisieren, hat weder Zeit noch Lust, sich in Partizipation zu üben. Auch wer keinen Zugang zu Bildung hat, hat keine guten Voraussetzungen. Unsere heutigen Beteiligungsstrukturen zielen auf ein sehr enges Segment des Bildungsbürgertums ab. Neoliberale Strukturen fördern diesen Prozess.

Deshalb kommt Amable zu dem Ergebnis, dass alles verkrustet ist.

Ja, erst kommt das Fressen, dann die Politik. Viele Menschen sind abgehängt von demokratischen Prozessen. Das merkt man an der Wahlbeteiligung. Und man kann Wahlbeteiligung nicht verbessern, indem man Angebote für Bildungsbürger macht.

Muss sich dann erst „das System“ ändern, um echte Beteiligung zu erreichen?

Nein. Man muss Beteiligung auf eine Art und Weise anbieten, die auch für diese Gruppen attraktiv wird. Beteiligung lebt immer von Betroffenheit und davon, dass Betroffene sich artikulieren wollen und dazu auch die Möglichkeiten bekommen. Betroffenheit gibt es überall, beispielsweise in sozial prekären Wohngebieten. Oftmals sind aber gerade dort die Beteiligungszahlen sehr niedrig – weil es nicht die richtigen Angebote gibt.

Wie müssten die aussehen?

Gelingende Beteiligung braucht viele Elemente. Auch in Wohnbezirken mit einem sehr hohen Migrantenanteil, einem sehr niedrigen Bildungsstand und niedrigem Einkommen wollen die Menschen in Sicherheit leben. Oftmals wird Beteiligung angeboten, um Stadtplanung zu betreiben. Aber in der Regel nutzen nur Bürger aus den anderen Stadtteilen dieses Angebot. In dem Beteiligungsprozess selbst wird nicht drauf geachtet, dass die Menschen, die es eigentlich betrifft, auch wirklich zum Zuge kommen. Und auch im Prozess selbst – der ja schon vorselektiert ist – geben wiederum oft jene den Ton an, die das gut können. Ein positiver Ansatz ist die sogenannte „aufsuchende Beteiligung“, indem man die Beteiligung vor Ort anbietet. Man geht zu den Menschen. Außerdem muss am Anfang der Beteiligung eine Klärung über die Wirkung stattfinden. Die meisten nicht gelungenen Beteiligungen scheitern daran, dass am Anfang entweder gar nicht klar ist, was Beteiligung überhaupt bewirkt, oder es werden sogar falsche Erwartungen geweckt.

Liegt Bürgerbeteiligung denn in Deutschland im Trend?

Die Zahl der Beteiligungsprozesse und auch die Anzahl der Themen nimmt stetig zu. Allerdings steigt auch die Zahl der Beteiligungen à la Stuttgart 21. Dort setzt Beteiligung erst ein, wenn die Politik gescheitert ist oder sieht, dass ein Projekt schwer durchsetzbar ist. Dann wird Beteiligung als eine Art Reparaturprozess genutzt. Das ist sehr schwierig. Denn es erzeugt einen hohen Erwartungsdruck und führt oft zu Frustration. Beteiligung ist keine Therapie für gesellschaftliche Verwerfungen.

Das ist oft bei so genannten Bürgerhaushalten der Fall. Dort werden die Bürger nicht selten zu Pleiteverwaltern.

Bürgerhaushalte werden sehr häufig missbraucht. Ich habe neulich erst mit einem Bürgermeister gesprochen, der mir ganz stolz erzählt hat, dass er jetzt zweimal einen Bürgerhaushalt gemacht hat. Sein Fazit war: Endlich hätten die Bürger kapiert, dass kein Geld da ist. Er hat das als didaktischen Prozess inszeniert. Das ist völliger Unsinn. Ein guter Bürgerhaushalt hat gar keinen Sinn, wenn es sonst keine Beteiligung gibt. Es geht um ein duales System: Ich brauche auf der einen Seite Beteiligung, in der ich mit Bürgern Zukunft gestalten kann, und auf der anderen Seite gibt es die Frage der Finanzierung. Für einen Bürgerhaushalt muss die Kommune auch Geld zur Verfügung stellen. Und natürlich müssen sich die Ideen der Bürger auch im Haushalt selbst bewähren – das muss Hand in Hand gehen. Nur Idealismus oder nur Pleiteverwaltung verhindert erfolgreiche Beteiligung. Dazu braucht es aber auch den Mut der Gemeinde loszulassen – Stichwort gezielter Kontrollverlust.

Wenn es ein Gesetz für Beteiligung gäbe – müssten dort nicht bestimmte Prinzipien festgeschrieben werden, eine Art Mindeststandard?

Ja, wir brauchen mindestens drei Dinge, die ein gutes Beteiligungsgesetz regeln muss. Das erste ist Verbindlichkeit. Bürger müssen sich auf ihr Recht auf Beteiligung berufen können ...

BERLIN INSTITUT FÜR PARTIZIPATION

Das Berlin Institut für Partizipation (bipar) ist ein unabhängiger Thinktank für Beteiligung in allen Bereichen der Gesellschaft. Es wurde auf Initiative von Beteiligungspraktikern, zivilgesellschaftlichen Aktivisten und Wissenschaftlern am 1. August 2017 in Berlin gegründet. Ziel des Instituts ist die Weiterentwicklung der partizipativen Kultur vor allem in Deutschland.

Die Initiatoren sind davon überzeugt, dass die Akzeptanz und Zukunftsfähigkeit der repräsentativen Demokratie entscheidend davon abhängt, wie es ihr gelingt, die Menschen in unserem Land nachhaltig und umfassend an der politischen Willensbildung zu beteiligen.

Gründungsdirektor ist der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Umweltstiftung, Jörg Sommer. Das Institut gliedert sich in die drei Arbeitsbereiche Information, Konsultation und Evaluation. Es erarbeitet Argumentationsbausteine für umfangreichere gesellschaftliche Teilhabe und berät Entscheider in Kommunen, Ministerien, Ämtern und Parteien. Außerdem evaluiert das Institut Beteiligungsverfahren sowie einzelne Methoden und Formate und veröffentlicht Fachartikel, Studien und Broschüren zu einzelnen Aspekten der Partizipation.

www.bipar.de

... müsste dafür die Verfassung geändert werden?

Nein. Eigentlich steht in der Verfassung alles drin. Wir haben eine gute Verfassung, man muss sie nur nutzen. Zweitens braucht es für ein Beteiligungsgesetz auch die Abgrenzung zu Entscheidungen, die der repräsentativen Demokratie vorbehalten sind. Und das dritte Element sind Grundlagen guter Beteiligung.

Sollte der Bundestag eine Enquete-Kommission zur Beteiligung einrichten?

Das wäre ein guter erster Schritt. Allerdings sollte es dabei um mehr gehen als nur um Beteiligung. Sie sollte „Kommission für Demokratie und Partizipation“ heißen. Denn Partizipation ist viel mehr als Beteiligung. Ich würde mir eine Diskussion um die Erweiterung der Demokratie durch partizipative Elemente wünschen.

Kann die Digitalisierung dabei helfen, Partizipation zu stärken?

Was wir nicht brauchen, sind digitale Scherbenrichter. Deshalb ist das Internet Chance und Gefahr zugleich. Leider neigen viele digitale Formate dazu, nur die Entscheidung für ein Dafür oder Dagegen zu lassen. Das greift viel zu kurz. Beteiligungsprozesse leben vom Diskurs und auch mal von Konsens. Wir müssen partizipative Demokratie gemeinsam lernen. Wenn man in seinem Leben immer nur alle vier Jahre gewählt hat, kann man nicht plötzlich direkte Demokratie können. Beteiligung geht nicht ohne politische Kultur. Und die entsteht in Diskussionsprozessen.

Welche Erfahrungen gibt es denn schon im Ausland – vielleicht jenseits des bekannten Schweizer Modells?

Weltweit gibt es über 100 Verfassungen, die Elemente von Beteiligung enthalten, und unter diesen sind ungefähr 20, die auch proaktive Beteiligungen von Bürgerschaften ermöglichen, wie Befragungen und Ähnliches. Die Schweizer sagen immer: Wisst ihr, wir haben vielleicht eine lange, erfolgreiche Demokratiegeschichte, aber Beteiligung können andere eigentlich besser. Der US-Bundesstaat Kalifornien hat zum Beispiel schon 1901 in vielen Bereichen direkte Demokratie eingeführt. Deutsche Dienstleister und Unternehmen bieten oftmals Beteiligungsmodelle an, die dort entstanden sind – beispielsweise Barcamps oder Fishbowls.

Jörg Sommer ist Schriftsteller und Vorsitzender der Deutschen Umweltstiftung.



„Auf dem Kölnberg“ im Kölner Stadtteil Meschenich gilt als sozialer Brennpunkt. In solchen Vierteln ist es oft schwer, die Menschen zum Mitmachen zu bewegen.

Foto: A. Savin / Wikimedia Commons

WIE VIEL PROTEST BRAUCHT EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE?

Text: HEIKE WALK

Ein kurzer Blick auf den Medienspiegel im Frühsommer 2017 gibt Auskunft über vielfältigste Proteste und Demonstrationen zum Thema Demokratie. Nur drei Beispiele: In Berlin versammeln sich mehr als 6.000 Menschen zu einer Demonstration für ein geeintes und offenes Europa, in Warschau gehen Tausende gegen die Justizreformen der nationalkonservativen polnischen Regierung auf die Straße, in Zürich organisiert sich ein Solidaritätsdemonstrationszug für die inhaftierten türkischen Abgeordneten und Journalisten und gegen den Demokratieabbau des türkischen Präsidenten Erdoğan.

Wenn Protest und soziale Bewegungen als Frühwarnsystem für Fehlentwicklungen von politischen Systemen anzusehen sind, dann scheinen die Demokratien in Europa in Gefahr zu sein. Gerade die rechtsradikalen Protestbewegungen geben Grund zur Sorge. Was aber sind die Kennzeichen sozialer Bewegungen und welche Rolle spielen sie in Demokratisierungsprozessen?

WAS SOZIALE BEWEGUNGEN AUSMACHT

Zunächst einige Bemerkungen zu den Charakteristika und Abgrenzungen, denn nicht jeder Protest ist gleich eine soziale Bewegung. Soziale Bewegungen sind durch eine gewisse Kontinuität der kollektiven Handlung sowie durch unterschiedliche Projekte und Initiativen gekennzeichnet. Auch der Wunsch nach Veränderung und Beeinflussung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist ein wichtiges Kennzeichen sozialer Bewegungen.

Soziale Bewegungen setzen sich aus vielfältigen Initiativen, Projekten, Organisationen und Einzelpersonen zusammen. Sie agieren in Form von Kundgebungen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Pressemitteilungen, Flugblättern, Öffentlichkeitskampagnen und vielen anderen kreativen Formen. Das Internet und die sozialen Medien spielen bei der Mobilisierung eine immer stärkere Rolle. In der Regel verfügen soziale Bewegungen weder über direkte Zugänge zum politischen System noch über eine ökonomische Basis. Daher ist die Öffentlichkeit die wichtigste Ressource, um Einfluss auszuüben.

In der Vergangenheit haben soziale Bewegungen sehr viele wichtige gesellschaftliche und politische Umbruchprozesse eingeleitet und unterstützt. In Deutschland wurden im Westen thematische Schwerpunkte wie Ökologie, Menschen-, und Frauenrechte

in der Politik und Gesellschaft etabliert. Im Osten trugen die Bürgerbewegungen Ende der 1980er Jahre wesentlich zum Ende der SED-Herrschaft bei.



Die „Empörten“ besetzten in Spanien und Frankreich öffentliche Plätze und forderten die Erneuerung des „verkrusteten Systems“.

OBERTHEMA DEMOKRATISIERUNG

Gegenwärtig widmen sich die Protest- und Demokratiebewegungen ganz unterschiedlichen Herausforderungen: Neben dem Flüchtlingsthema und rechtspopulistischen Tendenzen wirkt auch die Wirtschafts- und Finanzkrise noch nach. Darüber hinaus es gibt eine breite soziale Bewegung für einen bundesdeutschen Demokratisierungsprozess, die sowohl die direktdemokratischen Verfahren – also Bürger- und Volksentscheide – als auch

sogenannte deliberative Verfahren wie Bürgerkonferenzen oder Mediationsverfahren vorantreiben will. Diese Verfahren haben das gemeinsame Ziel, Teilhabe und Mitspracherechte der Bürger zu erhöhen.

Demokratie kann als das große gemeinsame Thema der linksalternativen Bewegungen angesehen werden. In der Regel sind der Abbau von sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung sowie die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und eigensinnigen alternativen Lebensmustern und Lebensorientierungen das Ziel historischer und heutiger sozialer Bewegungen.

Die Qualität der Demokratie aus der Perspektive sozialer Bewegungen wird in der Regel daran gemessen, inwieweit die Möglichkeit besteht, Ideen in offenen und öffentlichen Arenen zu diskutieren, in den Politikprozess einzuspeisen und Lösungen in möglichst transparenten und breit zugänglichen Verfahren auszuarbeiten. Hier kommt es immer wieder zu Rückschlägen und Einschränkungen vonseiten des politischen Systems, und zwar nicht nur im (europäischen) Ausland, sondern auch in Deutschland. Der diesjährige Grundrechte-Report der Humanistischen Union weist beispielsweise auf die wachsende soziale Ungleichheit und auf drohende Einschränkungen der Menschenrechte hin, die „immer häufiger mit der Notwendigkeit sicherheitspolitischer Maßnahmen und der Terrorbekämpfung begründet werden“.

SALZ IN DER SUPPE

Braucht Demokratie Protest? Die vielen Beispiele – nicht nur die aktuellen, auch die historischen – belegen sehr wohl, dass soziale Bewegungen für demokratische Gesellschaften dringend notwendig sind. Denn zum einen braucht es Menschen, die Veränderungen vorantreiben, und zum anderen braucht es Menschen, die zeigen, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und wir für sie kämpfen müssen. In diesem Sinne sind Protestveranstaltungen, auf denen Menschen für ihre Rechte, für Freiheit, Gleichheit, Solidarität und demokratische Werte eintreten, eine Aufforderung und Mahnung zugleich.

Heike Walk ist Politikwissenschaftlerin und Professorin für „Transformation Governance“ an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Sie ist Mitherausgeberin der Buchreihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“



BÜRGERHAUSHALT: VON PORTO ALEGRE IN DIE DEUTSCHE PROVINZ

Text: BERND MARTICKE

Bürgerhaushalte haben in deutschen Kommunen Konjunktur. Gut umgesetzt, kann die lokale Beteiligung ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige Stadtentwicklung sein. Die Idee stammt aus Porto Alegre. In der brasilianischen Millionenstadt wurde sie bereits 1989 entwickelt, um der etablierten Klientelpolitik entgegenzuwirken. Transparenz und Beteiligung sollten dabei helfen, die finanziellen Mittel der Kommunen effizienter und gemeinwohlorientierter zu verwenden und die Korruption zu bekämpfen.

Heute sind Bürgerhaushalte in Lateinamerika stark verankert, doch auch anderswo finden sie zunehmend Anklang. Einen der größten Bürgerhaushalte gibt es mittlerweile in Paris, wo die Bürger über die Verwendung von insgesamt 500 Millionen Euro im Zeitraum von 2015 bis 2020 befinden können.

Dabei gibt es nicht den typischen Bürgerhaushalt. Das wird bereits bei einem Blick auf die rund 100 deutschen Bürgerhaushalte deutlich, die regelmäßig von der Bundeszentrale für politische Bildung evaluiert werden. Je nach Ausgestaltung unterscheiden sich der Umfang der Mitentscheidung, die thematische Reichweite und die Verbindlichkeit der bürgerschaftlichen Vorschläge, wobei deutsche Gemeinden vorrangig Online-Modelle nutzen.

Wichtig für die Bürger ist vor allem, dass sie nicht nur von der Politik oder Verwaltung vorformulierte Alternativen kommentieren, diskutieren und bewerten, sondern selbst Ideen und Vorschläge einbringen können. Aber auch im zweiten Fall haben

die Bürger meist kein verbindliches Budget zur Verfügung. Dieses verbreitete Vorgehen findet beispielsweise im Berliner Bezirk Lichtenberg Anwendung und dient vorwiegend der Ideenfindung. Wer dort arbeitet oder wohnt, kann themenbezogene Vorschläge einreichen. Sie können sich auf die Gestaltung der örtlichen Grünflächen, das lokale Kulturangebot, die Volkshochschule oder auf Kinder- und Jugendangebote beziehen. Die Ideen werden von der Verwaltung geprüft, kommentiert und können in die folgende Haushaltsaufstellung einfließen.

Eine andere Möglichkeit ist, dass im Haushalt vorab ein Budget bestimmt wird, über das die Bürger befinden können. Dieses Vorgehen ist attraktiver, bislang in Deutschland jedoch selten. In Wuppertal läuft dazu gegenwärtig ein EU-gefördertes Projekt, bei dem die Bürger über ein Budget von 150.000 Euro verfügen können. Der wesentliche Unterschied ist der höhere Grad der Verbindlichkeit: Die Projekte mit der stärksten Zustimmung und Gemeinwohlorientierung werden schließlich realisiert.

Nachdem ein Bürgerhaushalt aufgestellt ist, wollen die Teilnehmenden zudem wissen, was mit ihren Vorschlägen im weiteren politischen Prozess passiert und welche Wirkung sie haben. Deshalb sollte mindestens eine detaillierte inhaltliche Behandlung aller eingereichten Vorschläge stattfinden und der Inhalt nach außen kommuniziert werden.

Für Bürgerhaushalte spricht, dass sie ein hohes Aktivierungspotenzial bieten. Die Aussicht, über die Verwendung finanzieller Mittel im eigenen Lebensumfeld aktiv mitbestimmen zu können, schafft einen starken Beteiligungsimpuls. Kritiker sehen jedoch

auch Risiken, die allerdings nicht allein die Methode des Bürgerhaushalts betreffen. Sie bemängeln, dass eine breite Beteiligung am Verfahren meistens nicht gelingt und sogenannte Silver Ager – Männer im fortgeschrittenen Alter mit überdurchschnittlicher Bildung und höherem Einkommen – stark überrepräsentiert sind.

Hinzu kommt wie bei fast allen Partizipationsverfahren, dass die dauerhafte Aktivierung breiter Teile der Bevölkerung bislang nur schwer gelingt. Das trifft Bürgerhaushalte besonders hart, weil sie auf eine langfristige Beteiligung angewiesen sind. Zudem geht mit dem Konzept die Vorstellung einher, dass eine tiefgehende inhaltliche Befassung der Bevölkerung mit der kommunalen Haushaltsplanung stattfindet. Das ist in Deutschland jedoch leider nicht gelungen – und so bleiben die Ansätze bisher in den allermeisten Fällen unvollendet. Das Potenzial der Bürgerhaushalte wird nicht annähernd ausgereizt.

Die Ergebnisse von Bürgerhaushalten müssen einen messbaren Einfluss haben, wenn es sich nicht um Scheinbeteiligung handeln soll. Der in Wuppertal eingeschlagene Weg eines festen Bürgerbudgets ist daher ein Schritt in die richtige Richtung.

Bernd Marticke forscht am Berlin Institut für Partizipation (bipar) und ist Redakteur des Beteiligungs-Fachportals bblog.de





Einweihungsfeier im Elstergarten in der Graunstraße - die Nachbarn haben sich so ganz neu kennengelernt.

Fotos: gruppe F Landschaftsarchitekten

BESSER LEBEN DURCH MITMACHEN

Das Berliner Projekt KiezKlima hat Bürger befragt, wie sie mit extremer Hitze in der Stadt umgehen. Herausgekommen sind überraschend gute Ideen für die Anpassung von Städten an den Klimawandel – und ein neuer Zusammenhalt in der Nachbarschaft.

Text: JOACHIM WILLE

Großstädte sind Wärmeinseln – und das kann gefährlich sein. In Berlin zum Beispiel, Deutschlands größter Stadt, sterben pro Jahr 700 bis 800 Menschen zusätzlich während Hitzewellen. Vor allem ältere und kranke Menschen sind gefährdet. Und die Zahlen dürften steigen, denn Klimaforscher erwarten für den Raum Berlin-Brandenburg, dass sich die jährliche Zahl heißer Tage mit über 30 Grad Celsius in diesem Jahrhundert vervierfachen und die der Tropennächte, in denen die Temperatur nicht unter 20 Grad fällt, sogar verfünffachen wird. Nicht nur in Dachgeschoss-Wohnungen könnte es für die Bewohner dann sehr ungemütlich bis lebensgefährlich werden.

Sich an solche Veränderungen anzupassen ist besonders für Großstädte wichtig. In dem bundesweit einmaligen Forschungsprojekt „KiezKlima“ wurde in den vergangenen drei Jahren untersucht, wie das Leben unter Klimawandel-Bedingungen verbessert werden kann – und zwar unter aktiver Mitwirkung der Bürger. Ausgewählt wurde dafür das „Brunnenviertel“, ein fast reines Wohnquartier im Berliner Stadtteil Mitte, in dem rund 13.000 Menschen leben.

Fünf- und mehrstöckige Blöcke prägen den Kiez, viele Sozialwohnungen, die Bewohner haben zu zwei Dritteln einen Migrationshintergrund. „Hier im Brunnenviertel wird es im Sommer bis zu zehn Grad heißer als im Berliner Umland“, sagt Eva Wiesemann von der privaten List-Stadtentwicklungsgesellschaft, die das vom Bundesumweltministerium geförderte Projekt zusammen mit sechs weiteren Partnern seit 2014 durchgeführt hat. List steht für „Lösungen im Stadtteil“.

KLIMA-RUNDGÄNGE UND IDEENSUCHE

Die junge Nachhaltigkeitswissenschaftlerin hat die „Partizipation“ breit angelegt. Sie war bei Festen im Kiez mit Infoständen präsent, um herauszubekommen, wo die Leute sich an warmen Tagen gerne aufhalten und wo es ihnen zu heiß ist, hat „Klima-Rundgänge“ angeboten, außerdem Workshops durchgeführt, in denen Ideen für Klimaanpassungsmaßnahmen im Brunnenviertel gesammelt und diskutiert wurden. „Projekte zu der Frage, was man in den Städten tun kann, um die Folgen von Hitzewellen oder Starkregen-Ereignissen abzufedern, hat es bereits in mehreren

Städten gegeben“, erläutert Wiesemann, „aber die Partizipation spielte dabei oft nur eine Nebenrolle.“ Bei KiezKlima war das anders.



In Zeiten häufiger Hitzewellen können Trinkbrunnen nicht nur Erfrischung bringen, sondern für Kinder und alte Menschen sogar lebenswichtig werden.

Wiesemann musste viel Aufklärungsarbeit leisten. „Wenn man die Leute fragt, ob sie etwas vom Klimawandel spüren, sagen sie meist: Nein.“, erzählt sie. Doch wenn die Fragen konkret wurden, wenn die List-Mitarbeiterin zum Beispiel wissen wollte, wie die Bewohner in den Hitzeperioden zurechtkommen, sei das ganz anders gewesen. Sehr heiß sei es gewesen, hätten sie berichtet, man könne sich nicht gut konzentrieren, und viele Menschen fänden in den heißen Nächten kaum Schlaf. Wiesemann hat daraus Schlüsse für ihr Projekt gezogen. „Es bringt

nichts, abstrakt über Klimaanpassung zu sprechen. Man muss über ganz konkrete Dinge reden.“ Über Bäume als Schattenspenden zum Beispiel, über begrünte Fassaden, die die Luft filtern und Sauerstoff spenden, über Nachbarschaftsgärten, die versiegelte Flächen ersetzen können.

WOHNHOF BEKOMMT SONNENSEGEL

Eine ganze Reihe Ideen sind in dem KiezKlima-Projekt gesammelt worden. Einige davon wurden schon in die Tat umgesetzt. So wurden in einem der Innenhöfe der Wohnblöcke der kooperierenden Berliner Wohnungsbaugesellschaft Degewo Hochbeete angelegt, in denen Mieter Gemüse und Gartenkräuter anbauen. Außerdem konnte Wiesemann Geschäfte im Viertel dafür gewinnen, ein Netz von „Trinkstationen“ aufzubauen, an denen man kostenlos ein Glas kaltes Wasser bekommen kann. Und seit Anfang des Sommers gibt es einen öffentlichen Trinkbrunnen auf dem Vinetaplatz mitten im Quartier, ein zweiter steht am Bahnhof Gesundbrunnen.

Daneben haben aber auch schon erste Umbauten begonnen, mit denen das Klima im Kiez an heißen Tagen heruntergekühlt werden soll. In einem der Innenhöfe werden kleinere Maßnahmen vorgenommen, doch bald geht es ans erste größere Projekt: In einem weiteren Hof, der von Kindern viel genutzt wird, sich im Sommer aber sehr aufheizt, soll ein großes, beranktes Sonnensegel aus Metall entstehen, das Schatten spendet. Außerdem sollen dort trockenheitsresistente Bäume nachgepflanzt werden.

KiezKlima arbeitet seit 2014 an einer Beteiligung der Bürger für den Aus- und Umbau des Berliner Brunnenviertels. Das Projekt erhebt Klimadaten, schlägt Anpassungsmaßnahmen etwa für Hitzewellen vor und bezieht die Anwohner in die Planungen ein. Das Viertel im Zentrum der Hauptstadt ist so zu einem „Modellgebiet für Klimaanpassungsmaßnahmen“ geworden. Dazu gehören auch die „Brunnengärten“, ein nachbarschaftlich geführtes Gartenprojekt. Im vergangenen Jahr zeichnete das Umweltbundesamt das Projekt mit dem „Blauen Kompass“ aus.

www.e-p-c.de/kiezklima/2015

DER UNTERWANDERTE PROTEST

Parteien und Unternehmen nutzen das positive Image von Bürgerinitiativen, um ihre Ziele durchzusetzen. Damit wird der Protest nicht selten instrumentalisiert.

Text: SUSANNE GÖTZE

An einem verregneten Sonntag im Juni stehen etwa 20 Windkraftgegner vor der Museumscheune im brandenburgischen Kremmen. Es ist eine von hunderten Veranstaltungen von Menschen, die keine Windräder in ihrer Nähe haben wollen. Manchen hat man ungefragt einen ganzen Windpark vors Haus gesetzt, andere wollen sich von den Stahlspargeln nicht den freien Blick zum Horizont verderben lassen. Zuerst redet ein Naturschützer und agitiert gegen den „Windwahn“. Er betont seine Nähe zu den Umweltverbänden Nabu und BUND. Windkraft sei mit Naturschutz unvereinbar. Das Publikum applaudiert.

Dann spricht Gemeindevertreter Udo Heunemann, der seine Sympathie für die Freien Wähler und die AfD nicht versteckt. Von der Windkraft kommt er zur Energiewende, dann spricht er von der großen Windlobby und davon, dass man nicht „irgendwelches Klima“ retten müsse. Das Publikum applaudiert. Dann redet sich Heunemann so richtig in Rage: Die Brandenburger seien die „Energieneger“ Deutschlands. Wieder applaudiert die versammelte Menge.

Beim unbeteiligten Beobachter plopt spätestens jetzt ein Fragezeichen auf: Wie kann es sein, dass Naturschützer und Rechtspopulisten in einem Boot sitzen? „Wir beobachten seit einiger Zeit, dass Rechtspopulisten und AfDler sich an Bürgerinitiativen heften, die sich gegen die Energiewende gegründet haben“, sagt Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein. Genaue Zahlen, wie stark sich Parteien wie die AfD in lokalen Basisbewegungen engagieren, gebe es allerdings noch nicht.

MARKTRADIKALE IM SCHAFFSPELZ

Zudem kann man auf Landesebene beobachten, wie die AfD mit Anträgen gegen Massentierhaltung oder Gentechnik versucht, die Themen der bürgerlichen Parteien zu besetzen und lokale Initiativen für sich einzunehmen, um sich als Sprachrohr der Bürger zu etablieren. Die Argumentationsmuster sind dabei laut Küpper durchgehend wirtschaftsliberal. Die Ablehnung staatlicher Regulierung wird vor allem im Umweltbereich als zentrales Argument verwendet, um Energiewende und Klimaschutz anzugreifen. „AfD-Landesverbände suchen die Nähe zu lokalen Bürgerinitiativen und nutzen die alten Gegensätze zwischen dem Naturschutz und dem Umwelt- und Klimaschutz für sich“, so Küpper. „Der Schutz von Vögeln und Fledermäusen wird gegen Windräder in Stellung gebracht, im Wahlprogramm wird an der Atomenergie festgehalten.“

Die Frustration der Anwohner über mangelnde Beteiligung werde nicht selten genutzt, um Stimmung gegen „die da oben“ oder gegen Fremde zu machen. „Wenn Bürger wütend sind und sich gegenüber dem Staat ohnmächtig fühlen, sind sie für alles



Bürgerinitiativen werden nicht selten politisch instrumentalisiert – wenn ökonomische Interesse im Spiel sind, nennt man dieses Phänomen Astroturfing, zu Deutsch Kunstrasen. Hier wird Beteiligung vorgetäuscht, wo es eigentlich um Profitinteressen geht.

dankbar, was ihre Wut kanalisiert“, erläutert die Psychologin.

Doch eine solche Wut kann auch für ökonomische Interessen genutzt werden, für sogenanntes Astroturfing, übersetzt Kunstrasen. „Der Begriff meint, dass eine Organisation durch verschiedene Maßnahmen künstlich versucht, eine breite Basis für ihre Interessen zu erzeugen oder vorzutäuschen“, erklärt Daniel Häfner, der am Forschungszentrum für Umweltpolitik der FU Berlin promoviert. Das reiche von einigen PR-Leuten, die eine

Initiative künstlich erschaffen wie bei der Bahnprivatisierung, über firmennahe Organisationen wie „Ja zu Fra!“, wo es um den Bau einer neuen Startbahn am Frankfurter Flughafen ging, bis zu den Pro-Braunkohle-Vereinen in der Lausitz und im Rheinland, die durch regionale Politiker mitinitiiert wurden. „Generell gilt: Je größer die Bedeutung und das Finanzvolumen eines Projekts oder einer politischen Entscheidung, desto eher lohnt es sich, solche Methoden einzusetzen“, so Häfner.

DAS OHR AN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) will die EU der Zivilgesellschaft eine Stimme geben und so die demokratische Legitimität der EU stärken. Das kaum bekannte Beratungsgremium wird in diesem Jahr 60 Jahre alt. Ein Porträt.

Text: VERENA KERN

In Brüssel Europa-Viertel, nur einen Katzensprung vom Sitz der mächtigen EU-Kommission entfernt, steht das Jacques-Delors-Gebäude, benannt nach einem früheren Kommissionspräsidenten. Hier, zwischen einer viel befahrenen Straße und einem idyllischen Park mit Teich und Enten, sitzt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA). Er soll Europas Zivilgesellschaft repräsentieren, gehört zu den fünf „Säulen“ der EU und ist damit eines der wichtigsten Gremien der Union. Allerdings: Der Ausschuss ist nur den wenigsten Bürgern bekannt.

Dabei gibt es den EWSA schon lange. In diesem Jahr feiert er seinen 60. Geburtstag. Durch die Römischen Verträge wurde er 1957 eingesetzt. Und er steht für eine große Idee: Die Bürger sollen in Europa eine Stimme haben, sollen über ein Beratungsgremium „praxisnahes Fachwissen in die Politikgestaltung der EU einbringen“. So soll eine „aktive Unionsbürgerschaft“ gefördert werden.

EIN UMWELTSCHÜTZER AUF 222 MITGLIEDER

Jedes EU-Land entsendet entsprechend seiner Einwohnerzahl Mitglieder in den Ausschuss. Derzeit sind es 350, die im Lissabon-Vertrag festgelegte Höchstzahl. Sie treffen sich

mehrmals jährlich, schreiben rund 200 Stellungnahmen pro Jahr zu verschiedenen Themenfeldern und geben Empfehlungen ab. „Es ist der Versuch, ein Ohr an die Zivilgesellschaft zu kriegen“, sagt Lutz Ribbe vom Umweltverband Euronatur.

Ribbe sitzt schon seit 1998 im EWSA. „Damals“, erinnert er sich, „waren die osteuropäischen Länder noch nicht dabei.“ Der Ausschuss hatte erst 222 Mitglieder. „Und ich war der einzige Umweltschützer“, sagt Ribbe. Inzwischen sei deren Anzahl auf ein rundes Dutzend gestiegen. „Es hat ein Bewusstseinswandel stattgefunden.“

Die Vertreter der Zivilgesellschaft werden beim EWSA in drei Gruppen aufgeteilt: Arbeitgeber, Arbeitnehmer und „Verschiedene Interessen“. Ribbe gehört als Umweltschützer und Agrarexperte in letztere Gruppe. An der Aufteilung wird immer wieder Kritik laut. Umweltorganisationen wie Friends of the Earth beispielsweise, die sich selber als Vertreter der Zivilgesellschaft verstehen, halten sie für wenig nachvollziehbar: Warum sollen auch Unternehmensvertreter zur Zivilgesellschaft gerechnet werden?

Ribbe will solche Einwände nicht gelten lassen. „Es kommt darauf an, miteinander ins Gespräch zu kommen“, ist er überzeugt. Das sei die Stärke des EWSA. „Wenn es zum Beispiel um Landwirtschaftspolitik geht, muss man alle Positionen anhören, die des Bauernverbands genauso wie die von

Umweltgruppen und auch von Gewerkschaftern.“ Schließlich sei es das Ziel, einen besseren Dialog aufzubauen – zwischen denen, die Entscheidungen treffen, und denen, die damit umgehen müssen. „Und da müssen wir auch die Industrie mitnehmen.“

ANSPRUCH UND ERNÜCHTERUNG

Ohne das „beharrliche Rufen“ des EWSA, glaubt der Mann von Euronatur, würde die EU-Kommission die Energiewende immer noch rein technisch begreifen – und nicht als notwendigen Wandel in Richtung dezentraler und bürgernahe Strukturen. „Die Kommission hört zu stark auf Partikularinteressen“, kritisiert Ribbe. „Unsere Aufgabe ist es, Denkprozesse anzustoßen.“

Ob die Empfehlungen, die der EWSA abgibt, tatsächlich etwas bringen, wird immer wieder angezweifelt. Inzwischen führt die Kommission Evaluierungen durch. Sie ergeben, dass bei 80 Prozent der Stellungnahmen mindestens eine Empfehlung in den Gesetzgebungsprozess übernommen wird. Lutz Ribbe hat da seine Zweifel. „Oft werden unsere Stellungnahmen gar nicht gelesen“, hat er festgestellt. „Da gibt es schon eine gewisse Ernüchterung.“

LETZTE INSTANZ ZIVILER UNGEHORSAM

Das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ fordert einen sofortigen Kohleausstieg zur Verhinderung der Klimakatastrophe. Dafür besetzen die Aktivisten schon mal Gleise und Tagebaue und nehmen die strafrechtlichen Folgen in Kauf.

Text: SUSANNE SCHWARZ

Innhalb weniger Sekunden wird der Schwanz der weißen Schlange zum Kopf. Die schwarze Schlange soll es schwer haben: Wo ist vorn, wo ist hinten, wo geht es hin? Mehr als drei Stunden dauert das Verwirrspiel, das die Klimaaktivisten von „Ende Gelände“ aufführen. Es ist der 26. August 2017. Hunderte Kohlegeher laufen in weißen Maleranzügen über Feldwege und durch Felder zwischen den Kohlekraftwerken Neurath, Niederaußem und Frimmersdorf im Rheinischen Braunkohlerevier. Zickzack, hin und her.

Etwa 500 Aktivisten landen im Kessel der Beamten. Rund 300 schafften es hingegen an drei unterschiedlichen Stellen durch die Polizeikette bis auf die Gleise. Die Züge der Nord-Süd-Bahn des Energiekonzerns RWE, die Braunkohle und Abraum zwischen Tagebauen und Kraftwerken des Reviers transportieren, kommen für mehrere Stunden nicht durch.

Landfriedensbruch, Störung öffentlicher Betriebe, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte: Die deutschen Gesetzbücher kennen einige Bezeichnungen für das, was „Ende Gelände“ tut. Die Aktivisten sprechen von zivilem Ungehorsam. „Ohne sofortigen Braunkohleausstieg kann es keine Klimagerechtigkeit geben“, sagt Insa Vries, Pressesprecherin des Bündnisses Ende Gelände. „Wir nehmen nicht länger hin, dass die Verantwortlichen von RWE und in der Politik nicht handeln.“

UNGEHORSAM, ABER ZIVIL

6. April 1930: Mohandas Karamchand Gandhi hebt am Strand des indischen Dorfes Dandi Salz vom Boden auf und bricht damit symbolisch das Salzmonopol der britischen Kolonialherren. Hunderttausende Inder folgen seinem Vorbild. Etwa 50.000 von ihnen werden verhaftet. Diese Protestaktion, gefolgt von vielen weiteren, führt schließlich zum Ende der britischen Kolonialherrschaft in Indien.

1. Dezember 1955: Rosa Parks wird im US-amerikanischen Montgomery festgenommen, weil sie ihren Sitzplatz im Bus entgegen den Gesetzen zur sogenannten Rassensegregation in den Vereinigten Staaten nicht für einen Weißen frei gemacht hat. Unter

Leitung von Martin Luther King formiert sich daraufhin der friedliche Protest der schwarzen Bevölkerung gegen die Segregation. Mehr als ein Jahr später bestätigt der Oberste Gerichtshof der USA, dass die rassistische Trennungspraxis in Schulen und öffentlichen Verkehrsmitteln verfassungswidrig ist.

Die Geschichte des zivilen Ungehorsams ist lang, sie reicht bis in die Antike zurück. So benannt wurde die Praxis aber erst später. Der Begriff taucht erstmals 1849 in einem Essay des US-amerikanischen Schriftstellers Henry David Thoreau auf.

Der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas definiert zivilen Ungehorsam als moralisch begründeten Protest, „dem nicht nur private Glaubensüberzeugungen oder Eigeninteressen zugrunde liegen dürfen“ und der „die vorsätzliche Verletzung einzelner Rechtsnormen einschließt“. Für Habermas verliert ein Protest den Charakter zivilen Ungehorsams, wenn er gewaltsam ist. „Die Regelverletzung, in der sich ziviler Ungehorsam äußert, hat ausschließlich symbolischen Charakter – daraus ergibt sich schon die Begrenzung auf gewaltfreie Mittel des Protests.“

Auch „Ende Gelände“ folgt einem Aktionskonsens, in dem Gewalt gegen Personen und Dinge ausgeschlossen ist. Die Gruppierung „Zucker im Tank“ will das anders handhaben. Sie hatte als Ergänzung zu den Massenprotesten von Ende Gelände Kleingruppen auf Kohleblockaden vorbereitet. Die Organisatoren „wollen und können“ dabei nicht festlegen, was Gewalt genau ist, schreiben sie. Entsprechend schreiben sie auch nicht vor, welche Mittel die einzelnen Kleingruppen einsetzen sollen oder nicht.

„WAHLEN ÄNDERN NICHT GENUG“

Für Habermas ist ziviler Ungehorsam die letzte Möglichkeit der politischen Teilhabe. Er wird also erst legitim, wenn die üblichen Verfahrensweisen in einem demokratischen Rechtsstaat versagt haben. Sprich: die Teilnahme an Wahlen, das legale Demonstrieren, die Nutzung von Medien.



Anti-Kohle-Aktivisten üben das Weggetragen-Werden von der Polizei bei Blockaden.

Die radikalen Klimaschützer bei Ende Gelände finden, dass der Punkt erreicht ist. „Es ist schön, dass Grüne und Linke zur Bundestagswahl den Kohleausstieg in ihren Wahlprogrammen erwähnen, aber ich erhoffe mir davon nicht viel“, sagt der 26-jährige Max Rollmann (*Name geändert*), der schon zum dritten Mal an der Aktion teilnimmt. Viele seiner Mitstreiter teilen seine Auffassung, nicht alle wollen aber in der Presse zitiert werden. „Ich werde schon wählen gehen, aber Klimaschutz, der schnell und stark genug ist, steht nicht zur Wahl – den bietet keine Partei.“

Noch eines ist Habermas zufolge eine Bedingung für zivilen Ungehorsam: Die Ungehorsamen nehmen in Kauf, auf Basis der geltenden Gesetze für ihre Handlungen bestraft zu werden.

28. August 2017: Die Organisatoren von Ende Gelände sind zufrieden mit dem Ausgang ihrer Aktion. „Die Proteste der letzten Tage haben Klimagerechtigkeit auf die politische Agenda gesetzt“, sagt Insa Vries von Ende Gelände. Die nächsten Blockaden sind schon geplant: Wenn im November Diplomaten aus aller Welt zum UN-Klimagipfel nach Bonn reisen, will Ende Gelände wieder Braunkohle-Tagebaue, Kraftwerke und Zulieferstrecken blockieren.

NACHRICHTEN

Energiewende den Bürgern zurückgeben

Die Bürgerbeteiligung am Umbau zum regenerativen Energiesystem muss dringend verbessert werden. Das fordern Wissenschaftler des Forschungsprogramms „Umwelt- und sozialverträgliche Transformation des Energiesystems“, das die Bundesregierung berät. Wichtig seien Transparenz und echte Mitsprache, aber auch finanzieller Gewinn. Die Experten plädieren als Konsequenz aus ihren Untersuchungen für eine „neue Planungskultur“ beim Neubau von Windkraft-, Solar- und anderen Erneuerbaren-Anlagen – mit Fokus auf wirkliche Partizipation der Bürger, Ergebnisoffenheit, Möglichkeit zur Prüfung von Alternativen, Dezentralität und Einbindung der Kommunen.



Foto: Jörg Farys | Bündnis Bürgerenergie

Finanzministerium rechnet Ausgaben schön

Laut dem neuen Subventionsbericht des Bundesfinanzministeriums werden die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes 25 Milliarden Euro im Jahr 2018 erreichen. Kritiker halten den Bericht für „umweltblind“. „Viele umweltschädliche Subventionen werden nicht genannt und die Umweltwirkung der enthaltenen Subventionen wird verschwiegen“, moniert das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Allein die Produktion und den Verbrauch von Öl, Kohle und Gas subventioniere Deutschland mit jährlich 46 Milliarden Euro. Das Finanzministerium orientiert sich jedoch am Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967, das Umweltwirkungen nicht berücksichtigt.



Foto: Susanne Götz

Fluchtursache Klimawandel

Klimapolitik soll fester Bestandteil der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik werden. Das fordern die Grünen angesichts der Prognosen von weltweit 200 Millionen Umweltflüchtlingen und des Ausstiegs von Donald Trump aus dem Paris-Vertrag und aus der Finanzierung von Klimahilfen. Die Klimakrise wirke in vielen Ländern als „Konfliktverschärfer“ und damit als Fluchtursache. Klimaaspekte müssten in alle Länderanalysen deutscher Botschaften integriert werden. Eine weitere, von 100 Trägern des Bundesverdienstkreuzes erhobene Forderung, ist die Einrichtung einer Enquete-Kommission „Fluchtursachen“. Führende Bundespolitiker äußerten sich positiv.

Bürger wollen Mieterstrom

Bislang beziehen nur wenige Mieter ihren Strom als „Mieterstrom“ aus Ökostrom-Anlagen oder Blockheizkraftwerken direkt im eigenen Wohnhaus. Jedoch können sich zwei Drittel aller Mieter vorstellen, dies künftig zu tun, ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov. Potenzial für Mieterstrom gibt es laut einer Studie des Bundeswirtschaftsministeriums für rund 3,8 Millionen Wohnungen. Das von der Bundesregierung nach einer parteibergreifenden Initiative von Abgeordneten verabschiedete Mieterstromgesetz sieht vor, dass Mieterstromprojekte eine – reduzierte – EEG-Vergütung und einige weitere Vergünstigungen bekommen.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Reiner Hoffmann, Vorsitzender, Deutscher Gewerkschaftsbund
Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident, Deutscher Naturschutzring e.V.
Damian Ludwig, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.
Michael Müller, Vorsitzender, NaturFreunde Deutschlands e.V.
Christel Schroeder, Lutz Ribbe, EuroNatur Stiftung
Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender, Deutsche Umweltstiftung
Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender, BUND e.V.
Dr. Martin Held, Gesprächskreis Die Transformateure
– Akteure der Großen Transformation

Redaktion:

Chefredaktion: Dr. Susanne Götz, Joachim Wille (V.i.S.d.P.)
Redakteure: Verena Kern, Susanne Schwarz

Träger:

Deutscher Naturschutzring (DNR)
Gefördert von



Layout

Adrien Tasic, Gestaltung
Infografik:
Jörg Sommer, Vorsitzender der Deutschen Umweltstiftung
Kalischdesign.de

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg VR34116B

Der Träger und die Herausgeber haften nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste sowie Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Verlages.

movum liegt exklusiv, regelmäßig und kostenlos der Zeitschrift FUTURZWEI bei.

Auflage: Mantel: 17.500 Exemplare, Plakatbeilage: 17.500

Die movum-Ausgaben können Sie kostenlos bestellen.
info@dnr.de

oder per Post: Deutscher Naturschutzring, Marienstr.19-20, 10117 Berlin

Debatten zu
den Themen dieser
Ausgabe unter:
www.movum.info

Die Verantwortung für den
Inhalt dieser Veröffentlichung
liegt bei den AutorInnen.

VERANSTALTUNGEN

25. bis 26. September 2017
„K3 – Kongress zu Klimawandel,
Kommunikation und Gesellschaft“
Universität Salzburg

www.k3-klimakongress.org

1. bis 7. Oktober 2017
„Wandelwoche Hamburg 2017“
und weitere „Wandelwochen“
in sieben Städten

www.wandelwoche.org

6. bis 8. Oktober 2017
„Selbstbestimmt und solidarisch!
Konferenz zu Migration, Entwicklung
und ökologischer Krise“
Konzeptwerk Neue Ökonomie, Leipzig
www.knoe.org/projekte

23. bis 24. September 2017
Seminar „Wir bauen uns die Welt, wie
sie uns gefällt? – Postwachstum und
Stadtentwicklung am gelebten Beispiel“
Utopiastadt Wuppertal
www.fairbindung.org/aktuelles

Debatten zu
den Themen dieser
Ausgabe unter:
www.movum.info